

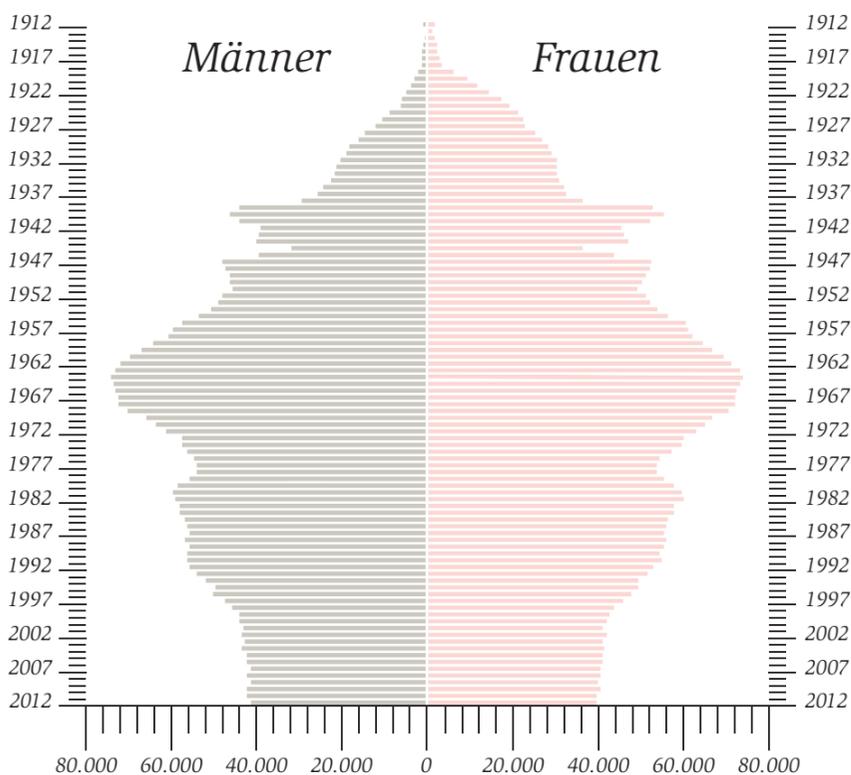
VORSORGE SPEZIAL

„An der Demographie ist nichts zu ändern“

Zu jedem vierten Tag kommt ein Tag an geschenkter Lebenszeit dazu. Das individuelle Glück steht einer ungelösten Systemfrage der Volkswirtschaft gegenüber.

VON ULRICH AHAMER

Die Bevölkerungspyramide der Statistik Austria zeigt deutlich den Rückgang der Geburten seit den 1960er-Jahren.



Immer diese Babyboomer: In den Roaring Sixties kamen über 1,4 Millionen Kinder auf die Welt. Die durchschnittliche Lebenserwartung im Jahr 1961 lag bei 69,8 Jahren. Von 2000 bis 2010 waren es 550.000 Babys weniger. Die Lebenserwartung ist im gleichen Zeitraum auf 80,8 Jahren kräftig gestiegen. Die Babyboomer-Generation hat in der Vergangenheit die Gesellschaft massiv geprägt und sie wird es die kommenden Jahrzehnte auch weiterhin tun. Noch nie hat es einen derart raschen Gewinn an Lebenszeit gegeben. Jedes Jahr kommen statistisch betrachtet bei Männern 90 und bei Frauen 70 Tage an zusätzlicher Lebenserwartung dazu. Zwei weitere Zahlen demonstrieren sehr anschaulich diese Entwicklung: 1963 wurden 134.809 Geburten verzeichnet, 2001 waren es hingegen 75.458. In diesen 50 Jahren hat sich der Anteil der über 75-Jährigen von 4,2 auf 8,1 Prozent beinahe verdoppelt, hingegen sank die Gruppe der bis 19-Jährigen um ein Drittel auf 20 Prozent. Und dank der immer älter werdenden Babyboomer wird die Gruppe der Hochbetagten bis Mitte des Jahrhunderts um gut zehn Prozentpunkte steigen, um dann aufgrund der natürlichen Entwicklung wieder abzunehmen.

Nun beschreibt die „Fertilität“ zweifelsohne nicht die Qualität und Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, vielmehr geht es um ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings, und das macht die Sache so herausfordernd, hat das große individuelle Glück des hohen Alters nicht ansatzweise jenes Gegengewicht bekommen, um etwa in der Pensionsvorsorge, der Pflege, dem Arbeits- und Sozialrecht zukunftsfähige Lösungen zu finden.

„Es gibt kaum etwas Schöneres, als dass die Menschen älter werden, seit Jahrzehnten wird daran gearbeitet“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler und Mathematiker Franz Josef Radermacher. „Nun gilt aber, dass diese Menschen in irgendeiner Weise möglichst lange zur Wertschöpfung beitragen. Wir haben aber leider ein Wirtschaftssystem, das viele Menschen, Alte wie Junge, dazu nichts beitragen können, weil sie keinen entsprechenden Arbeitsplatz haben.“ Junge Leute hätten es schwerer als vor dreißig Jahren. Die Verlässlichkeit ist massiv gesunken. „Das

System ist nicht leicht in Ordnung zu bringen. Am Ende wird man bei einem Mischsystem landen mit einem staatlichen Mindestniveau. Im jetzigen freien Marktmodell funktioniert aber der Umgang mit älteren Arbeitnehmern nicht“, kritisiert Radermacher. „Unter inadäquaten Bedingungen kann Wettbewerb jedoch nicht funktionieren.“

Bernd Raffelhüschen vom Institut für Finanzwissenschaft der Universität Freiburg gilt als scharfer Kritiker der Politik im Umgang mit den geänderten Rahmenbedingungen. „Zukunft ist hier das falsche Wort, weil die künftigen Pensionisten alle schon da sind, die haben Namen und eine Anschrift“, so Raffelhüschen kürzlich beim Kongress „Med&Care“ in Graz. „Die meisten halten diese demographische Entwicklung für etwas was kommt, das kommt aber nicht, denn das war schon. Daran kann man nichts, absolut nichts ändern. Viele werden jetzt hektisch und suchen etwa nach neuen Modellen der Familienpolitik. Ein Demograph würde sagen: Ist egal.“

Raffelhüschen ist um deftige Vergleiche nicht verlegen: „Die österreichische wie die deutsche Bevölkerungspyramide ist schon lange keine mehr – sie gleicht eher einem schlecht geschnittenen Dönerspieß. Die Kinder der gebur-

tenstarken Jahre haben selbst wenig, verdammt wenig Kinder.“ Jetzt könne noch über Migration geredet werden, über Erwerbsquoten. An der vorhandenen Demographie sei aber nichts mehr zu ändern, „das muss man einmal kapiert haben“. Der Wissenschaftler verweist auf die Bevölkerungspyramide und sagt: „In der Mitte sind ziemlich viele, die künftig etwas wollen und unten ziemlich wenige, die etwas geben können. Die in Pension gehen wollen, werden diese später antreten und weniger erhalten. Wer immer das überzieht, wird mit seinen Kindern darüber reden müssen.“

Auch der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister fordert mehr Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern. Doch der „Kuchen“, das Arbeitsvolumen, der Volkswirtschaften wird tendenziell geringer. „Ein schwaches Wirtschaftswachstum seit Jahrzehnten und fortschreitende Produktivität sind Gründe dafür, dass nicht mehr Arbeitsplätze entstehen.“ Deshalb ist die „gerechte Verteilung der Arbeit“ die vordringlichste Aufgabe. Für Schulmeister führt an einer Arbeitszeitverkürzung deswegen kein Weg vorbei. „Hier geht es nicht um eine 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Arbeitslosigkeit ist die sozial ungerechteste Version davon. In Österreich hat man lange den Weg der Frühpensionen gewählt, das führt jedoch zur enormen finanziellen Belastung der Pensionssysteme.“ Dass so viele junge Arbeitssuchende keinen Job finden, sei verheerend. „Gerade in Italien, Spanien und Griechenland zerstört sich die Gesellschaft ihre Zukunftschance.“

Schulmeister fordert einerseits eine Umverteilung der Arbeitszeit im System. So sollen ältere Menschen – freiwillig – zugunsten der Jungen auf Teile ihrer Beschäftigung verzichten können. Auf der anderen Seite brauche es einen „New Deal“ in Anlehnung an das Programm von US-Präsident Franklin Roosevelt als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren. Schulmeister: „Mehr Arbeit könnte durch einen Generalplan bei der thermischen Sanierung, dem Umbau des Energie- und Verkehrssystems oder bei der Altenbetreuung entstehen.“

Für Ulrich Schuh, Forschungsvorstand von EcoAustria, müsse man jetzt „die Sünden der Vergangenheit ausbaden und das ist sehr schwer in die Köpfe zu bringen. Mit der gewonnenen Lebenszeit tun wir so, als ob wir länger Urlaub machen können ums gleiche Geld.“ Schuh ist aber optimistisch, dass sich relativ bald ein Paradigmenwechsel einstellt. „Das Durchschnittsalter der Beschäftigten steigt schon jetzt sehr stark an. Die älteren Arbeitnehmer werden dringend benötigt.“ Den Zweifel an der eigenen künftigen Pension habe es laut Schuh auch schon vor dreißig Jahren gegeben. Das Umlagesystem werde auch noch lange die größte Rolle spielen, es sollte aber nicht alleinige Säule sein. Beispielgebend dafür sei das Pensionsmodell in Schweden, wo neben der Rente aus der Umlage auch Einkünfte aus einem verpflichtenden Kapitalstock einfließen.

Dass die Jugendlichen von heute viel stärker mit schwierigen Arbeitsverhältnissen und dem Druck der eigenen Pensionsvorsorge konfrontiert seien, stellt Andreas Khol, amtsführender Präsident des Österreichischen Seniorenrates und Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, in Abrede. Auch sind „Zinsen heute viel günstiger, eigene Vorsorgeprodukte staatlich gefördert“. In der Krise habe sich gezeigt, dass Österreich ein sehr sicheres Umlagesystem hat. „Zudem hängt die Pension der heute Jungen viel stärker von Österreichs Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik ab als von der eigentlichen Pensionspolitik.“ Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs: „Man sollte das positiv sehen. Die Senioren von heute und morgen sind junge Alte: agil, gesund, kompetent und engagiert.“ Dieses Potential müsse viel stärker wahrgenommen werden. Es brauche eine altersgerechte Arbeitswelt, um länger aktiv bleiben zu können.

Die alternde Gesellschaft bietet Stoff für jede Zuspitzung, manchmal mutet der Alarmismus seltsam an, etwa dann, wenn in einer Story des Spiegel steht: „Land ohne Lachen. Droht der Gerassic Park?“